

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 20 Pf., solche mit 10 Pf., mit 20 Pf. berechnet und in der Expedition, von unten Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis für Halle wöchentlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Belegungs-Berechnung unter Nr. 6378 eingetragen.

(Verantwortlicher: Sebastian Nr. 2532. - Expedition Nr. 178.)

Hundertdreißigster Jahrgang.

Nr. 79. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 16. Februar 1901. 1901.

Politische Wochenschau.

England for ever! Fast sollte man meinen, auch in den letzten deutschen Wahlen, in denen offenbar manches so ganz anders ist, als es von Reichs wegen sein sollte, hätte das Wort jetzt Geltung erlangt. Kein Tag, keine Woche, ohne daß das deutsche Reich und unter Verhältnis zu demselben das Thema fortwährender Erweiterungen gebildet hätte, gerade als ob wir schon unlösbar mit den Völkern des Kanals verflochten wären. War es in der vorigen Woche der zum Carl von Sandbarya und Wilhelms georgene Schmarze Adler, der mancherlei kritische Betrachtungen heraufbesorgte, so ist es diesmal die Gegenpartie Edward VII. gewesen, die ihre Schatten warf und verächtlich in einer Weise kommentiert wurde, die den an sich allerdings ziemlich überflüssigen Beweis erbrachte, daß der deutsche Entschluß nicht angenommen wird, den englischen Kartenbogen darauf zu bewillkommen, wie es sonst deutsche Selbstständigkeit auswärtigen Souveränen gegenüber gebietet. Und gerade als ob die in den letzten Wochen so überaus markant in die Erscheinung getretene Antipathie, die im Volke gegen alles, was englisch ist, herrscht, noch verhöflich werden sollte, tauchte in der Presse die Nachricht auf, daß die Absicht bestände, den deutschen Kronprinzen mit einer englischen Prinzessin zu verheiraten, die Familien-Allianz zwischen beiden Ländern also noch fester zu schließen, als je schon ist. Sonderlich viel Gläubige wird ja die Meldung schwerlich gefunden haben, aber es giebt doch einiges zu denken, das durch die Presse gehen konnte, ohne bisher ein offizielles Dementi hervorgerufen. Man hat es entweder mit einem ganz freudigen Verstand zu thun, die herrschende Stimmung zu verstehen, oder aber es ist in der Notiz eine Art ballon d'essai zu erblicken, von dem wir wünschen möchten, daß er denn, die etwa ein derartiges, übrigens durchaus verriethes, Projekt im Geheimen nähren, zur Erkenntnis gebracht hat, wie wenig die Stimmung im Volke Raum zu der Hoffnung läßt, daß sich weitere Schritte damit befänden würden. Die Vorgänge in Spanien, die gerade in dieser Woche alle Zeit zur Aufmerksamkeit heraufbesorgten, weil sie die Gefahr einer allgemeinen Revolution in sich bergen, liefern einen ersten Beweis dafür, wohin es führen kann, wenn die Regierenden konsequent die Volkstimmung mißachten, denn auch die spanischen Unruhen sind hervorgerufen aus dem Unwillen, den die eheliche Verbindung einer Prinzessin des Königs Hauses mit einem Mitgliede einer Fürstlichen Familie erweckt hat, die in Spanien in beinahe dem Maße unpopulär ist, wie die Verbindung etwa hier auch.

Soll mit diesem Hinweis auch durchaus nicht gesagt sein, daß das deutsche Volk aus gleicher Veranlassung vielleicht zu ähnlichen gewaltsamen Protesten gelangen könnte, so erfordert es doch die politische Weisheit, daß die Ereignisse auf dem Welttheater in Bezug auf ihre Ursache sowohl wie auch hinsichtlich der Wirkung studiert werden und zu Ausgewanderten lassen sollen für alle, die im politischen Leben an verantwortlicher Stelle stehen. Es ließe sich bei einem eingehenderen Vergleich des Verhältnisses zwischen Regierung und Volk in Deutschland resp. Preußen mit dem zwischen den beiden genannten Nationen finden, und besonders die letzten Tage haben ja, dank der Verhandlungen in den Parlamenten, die wunderlichen Stellen wieder hart hervortreten lassen, an denen Staat und Reich bei sich selbst franten. Die Verfassung dünkt manchem unserer Väter noch immer als ein Gesetz, das, wie es bei unserer modernen Verfassung zum wenigsten möglich ist, sich fast ausschließlich nach allen Richtungen hin auslegen läßt, und so hat es denn nach den letzten Auseinandersetzungen in voriger Woche über die Anstellung der Notare auch in diesen Tagen nicht an ihren Zusammenstoßen im Abgeordnetenhaus gefehlt, in denen das zu erzielte Maß, welches die Regierung bei Ausübung ihres Verfügungsrechts beherrscherweise anzuwenden pflegt, in helle Beleuchtung gerückt wurde. Die Fälle Dullo, Krieger und Salomon und ihnen gegenüber der Fall Palombini sind typisch für die Anschauungen, die hinsichtlich des Wahlrechts der Kommunen und des Verfügungsrechts der Regierung in den oberen Kreisen herrschen, und manchem im Lande werden angelegentlich dieser Erörterungen die Augen aufgegangen sein über die Richtung, nach der wir stehen. Die preussische Regierung kennt nicht den vornehmsten Artikel der Verfassung, nach welchem jeder Preusse vor dem Gesetz gleich sein soll, sie unterscheidet zwischen Staatsbürgern erster und zweiter Klasse, wobei der Effekt der ist, daß die letzteren hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, die ersteren aber bezüglich der Rechte den Vorrang genießen.

Aber nicht etwa, daß diese seine Unterscheidung nur in Preußen allein vorkommend ist. Im Reich, dessen Stellung ja preussischer Geist abnimmt, verfolgt man genau dieselben Bestrebungen; man streift hier ebenso in den Spuren der Reaktionäre wie dort und hier wie dort gilt das eigentliche Volk gegenüber dem Unter als außerordentlich minderwertig. Der wirtschaftspolitische Kampf, in dem wir uns jetzt befinden, liefert ja fast täglich Beweise dafür, und wenn man den Verlauf der agrarischen Woche, vor allem die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe betrachtet, dann kann man schon an dem Tone, der aus der verschiedenen Reden herausfließt, hören, wer und was gegenüber im Reiche Trumpf ist. Der Kampf um den Getreide- und Erntezugabe zu, und die Schwäche der Regierung, die so groß ist, daß sie angedenkt nicht einmal mehr den Mißstand in Sachen der Kanalvorlage den Konventionen gegenüber denjenigen Grad von Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen, der unbedingt erforderlich ist, wenn sie nicht ein zweites, um vieles häufigeres Beispiel erleben will, offenkundig

sich am deutlichsten darin, daß sie die agrarischen Heißsporne ruhig in dem Glauben läßt, es würde ihnen der geforderte Winkelschloß von 750 M. für Getreide zugestanden werden, daß sie ruhig und sorglos zuliebt, wie am handelspolitischen Himmel von allen Seiten, aus dem Osten und Westen, die Kriegswolken heraufzuziehen. In Sowjet in Rußland, wie in Oesterreich-Ungarn und auch in Amerika, fährt man fort, die Entwicklung der deutschen Zollpolitik aufmerksam zu verfolgen, um eventuell genoppnet zu sein, und auch in England wurde nicht die Situation auf Frage bald vernachlässigen lassen, wenn nicht die Situation auf dem Kriegeshaushalt in Sibirien nach wie vor die ganz Sorge der englischen Staatsämter in Anspruch nähme. Lord Altoner ist bisher noch immer nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Erfolge nach London melden zu können, dagegen haben die Buren aller Eten und Aiden glückliche Angriffe, Ueberwältigungen und Befestigungen zu verzeichnen und haben fort, die englischen Heerführer, sowie ihre Verbindungen nach allen Seiten hin zu bedrohen. Das es in absehbarer Zeit zu einem friedlichen Ausgleich kommen könnte, erscheint ganz ausgeschlossen; die Buren haben wenig noch zu verlieren aber viel zu gewinnen und sind deshalb mehr denn je entschlossen, den Kampf bis zum letzten zu kämpfen. Im Osten, in China, scheint es sich gegenwärtig zu entscheiden. Spreiten auch die Friedensverhandlungen in schmerzhaftem Tempo fort, so erweisen sie doch mehr und mehr die Hoffnung auf die endliche Beendigung ruhiger und gesicherter Verhältnisse, und schon der Umstand, daß in dieser Woche zum ersten male ernsthaft die Möglichkeit der Rückkehr des Grafen Waldberg und eines großen Theiles der Truppen im April erörtert wurde, läßt eine leise Hoffnung auf den endlichen Ausklang des chinesischen Abenteuer zu.

Auch sonst brachte die Woche in aller Welt gar manches und vielerlei: die Eidesleistung des neuen Königs in England und dessen erste Thronrede, den ziemlich raschen Tod des samojen Erzöngs Milan, die Lösung der Kabinettskrisen in Italien und Rumänien und dergleichen mehr, aber gegenüber dem Kampf der Meinungen und Gegensätze bei uns in den deutschen Ländern, trat doch alles nur momentan in den Vordergrund, um gleich wieder zurück- und unterzugehen in dem Chaos der Weltgeschichte, von den eines das andere bedeckt, das große ein kleines, ein unbedeutendes das Bedeutende abbläst. Halten wir den Lauf der Geschichte nicht künstlich auf.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern morgen in Homburg v. d. B. den gewöhnlichen Spaziergang im Sturpark. Für Ostfriesland war außer dem Kultusminister Dr. Siebel Oberbürgermeister Dr. Reizenborn erschienen. Nachmittags 3 Uhr traf das Kaiserpaar in Schwetzingen ein und verbrachte am 4. Uhr nach Homburg zurück. Der Reichstagsrat Graf von Bülow ist gestern vormittag 10 Uhr von Homburg abgereist. Der Kultusminister Dr. Siebel hat Homburg gestern abend verlassen.

Ueber einen neuen deutsch-englischen Konflikt in Sibiris mag die „Deutsche Wochenschau in den Reichsblatt“ folgende Aufsehen erregende Mitteilung:

Sir Alfred Milner hat Herrn v. Bindequiff, den Generalsekretär des Deutschen Reiches in London, die Zuhör gewiesen und sich geweigert, ihn fernherhin zu empfangen. Der Fall liegt sehr einfach. Ein Deutscher hatte sich, nach Erklärung des Reichsambassades, außerhalb Kapodsins nach einem nicht gelungenen Aufbruch begeben, welchen mit dem vorgezeichneten Ziel. Unbekannt war ihm, daß dort auch noch eine Außenpostenort vorlag. Eine diesbezügliche Verfügung scheint wohl erlassen worden zu sein, war aber noch nicht veröffentlicht. Trotzdem wurde der Mann gefangen genommen, mit Koffern zusammen in ein von Ungarn betriebenes Boot gesetzt, und erst nach einigen Tagen wieder freigelassen, ohne daß man es der Wähe für Wert gehalten, sich auch nur zu entschuldigen. Der Mann beschwerte sich bei Generalconsul v. Lindenschmidt, und dieser begab sich zu Sir Alfred Milner. Die Unterhaltung zwischen den beiden Herren scheint einen sehr erregten Verlauf genommen zu haben, denn es liegt fest, daß der englische Oberkonsul ein deutsches Generalamt die Zuhör wies. Mehrmaliges späteres Verlangen des Herrn v. Bindequiff um eine weitere Unterredung wurde von Sir Alfred abgelehnt.

Das ist der Thatbestand. Herr v. Bindequiff hat, wie in deutschen Kreisen allgemein bekannt ist, eine sehr wichtige von dem Vorkoll in Kenntnis gesetzt, und es ist nur zu verwundern, daß gerade bei dieser Gelegenheit der Draht zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und der dortigen Presse völlig verlagert hat. Es ist doch merkwürdig, meint das „N. Z.“, daß die Nachricht erst am dem Umwege über Amsterdam hierher gelangt. Jedenfalls wird das Auswärtige Amt nicht unklar können, jetzt mit der Sprache herauszurufen. Wir halten einen weiteren Kommentar einstellen zurück in der Erwartung, daß unterhältlich eine amtliche Klarstellung des Falles erfolge.

Belästigungen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ will anscheinlich ausgezeichnet unterrichteter Quelle erfahren haben, General v. Berber begehrt sich demnach in besonderen Auftrag nach Petersburg. Der General ist augenblicklich mit der delikaten Aufgabe betraut, eine gewisse Spannung zwischen dem deutschen und dem russischen Hofe, die in erster Reihe durch Vorgänge in China geschaffen ist, zu beseitigen. - Bisher ist von einer solchen Spannung nichts bekannt geworden, daß aber das innige Verhältnis zwischen Deutsch-

land und England Mitfrauen in Rußland erwecken muß, leuchtet ohne weiteres ein.

Die Kanalvorlage dürfte höchstens mit Kompensationen derart überdeckt sein, daß man von ihr nicht mehr reden wird. Der unumrissene Meister in dieser Verhandlungsbereitschaft ist der belandete Oberverhandlungskommissar Herr v. Sehlitz. Er fordert jetzt in der „Börse“ in einem Artikel über die Russischen der Kanalvorlage eine noch viel weitere Erklärung der Sache. Die Forderung der Vötel und Garantstellung fülle nur eine Wüste aus. Es bleibt „immer noch der Mangel bestehen, daß dann die einzigen Bandenstelle, die allein auf den Gehühnen der angestrebten sind, von den Vorteilen der Vorlage ausgeschlossen sind.“ - Für jemand, der eine Zurechtweisung für den Kanal begehrt, werden sich diesen im Recht befinden, die eine weitere Berücksichtigung der Vorlage rechtfertigen sollen.

Die „Berl. N. N.“ verächtlich in ihrer gedanklichen Komplexität die Gegner des neuen Politikers jetzt sogar als „Agenten des Auslandes“ gegen das eigene Vaterland. - Ein Blatt, das im Besitze des Herrn Krupp steht, sollte doch vorfichtiger sein. Der größte Agent des Auslandes ist doch Krupp, der seine Kanonen und Waffen jedem Lande liefert, das ihn dafür bezahlt.

Gegenüber der „Täglichen Rundschau“, welche es als unbestritten bezeichnet, daß die Beteiligung des Generalconsulats in Berlin von Reichs wegen von Seiten der englischen Konsulats erfolgte, erklärt die „Wochenschau“: „Für die „Tägliche Rundschau“ wollen wir noch ein Ueberrichtiges und diese Behandlung als blaue Unwahrheit bezeichnen.“

Parlamentarisches.

Die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses nahm einstimmig das Projekt bezüglich der Verbesserung der Reichsflucht in der unteren Oer, dessen Kosten 40,389,000 Mark betragen, an.

Im Vortrage des Fürstentums Ruß v. u. Gero erklärte auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Seite, welche Stellung das Ministerium zu der angeführten Beschleunigung der Getreidezufuhr bei dem bevorstehenden Ablauf der Handelsverträge einnehme, der Minister Gehebrandt, das Ministerium sei bisher nicht in der Lage gewesen, Stellung zu dieser Frage zu nehmen und wolle aus Zeit noch nicht, insofern die Umstände eine solche Erklärung geplant sei. „Es würde sich hier um einen Eideschwur der Unterer, den auszuweichen gleich sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist, zu werden. Die Interpellation ist erst vorgestern in die Hände des Ministeriums gelangt und dieses hat noch nicht an höchster Stelle Vortrag halten können. Im übrigen werde die Stimme von Ruß v. u. im Bundesrat wohl kaum den Ausschlag geben.“

Beer und Hölte.

„An die englische A. r. e. wird nach der „Täglichen Rundschau“ von der Kriegsgesellschaft für Militärleistungen in Berlin, August von Behne, auf Umwegen Kriegsmaterial in bedeutenden Umfang geliefert. Die Firma sehe gegenwärtig auch in Unterhandlung wegen Lieferung von 30,000 Schrot für die neuen englischen Kavalleriegeschütze.“

Verhandlungen und Kongresse.

Die Steuer- und Wirtschaftssarreformer haben ihre diesjährige Verhandlung geschlossen, nachdem sie sich noch mit der Frage der Verfertigung der Schulnoten beschäftigt haben. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die gegenwärtige Unterhandlungsbücherei der Reichsflucht ist bei Brücken und am unzureichenden vertriebe Zeit der sich schon überbürdeten Gemeinden, zumal da in Folge des Preisrückganges die von der betreffenden Volksliste erzeugten Kinder ihre Arbeitkraft nicht innerhalb der Gemeinde, welche die Kosten ihrer Erziehung trägt, verwenden, vielmehr in die großen Städte und Industriezentren auswandern müssen. Eine gerechte Verteilung dieser Last nach der Selbstständigkeit erhebt, in lange die Schulgemeinden in der bisherigen Weise Träger derselben bleiben, unzulässig. Die Mittel zur Erwidung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Reichsflucht sind daher der Mitwirkung der Selbstverwaltungsbürgerlichen unter Beibehaltung der Verteilungsbücherei und unter erhöhter Beibehaltung von Staatsmitteln auszubringen.“

Untrüglich war man geneigt, die Volkszahlbildung für eine Sache des Staates zu erklären, die auch die alleinigen Stellen zu tragen habe. Man brauente sich aber schließlich den geltenden Verfassungsbestimmungen an.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

49. Sitzung vom 15. Februar, 1. Uhr. Das Hans ist sehr schwach besetzt. Am Bundesratspräsidenten v. Goltz, Freiherr v. Ebel, am Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der in Form eines Nachtragsstaats eingebrachten China-Vorlage.

In der Generaldebatte führt Hr. Goltz (Soz.) aus: Man würde es im deutschen Reich nicht bezeichnen, wenn der Reichstag die China-Vorlage demnächst annehmen wollte, ohne die Regierung zu fragen, wie es eigentlich in China steht und wann wir endlich Frieden bekommen. Es soll ja ein Telegramm vom Grafen Waldberg gekommen sein: „Nur ein Endlich bekommen wir Frieden.“ Das ist der Substanz eines vergriffenen alten Mannes, der die ihm überkommene Arbeit, eine seiner Zeit empfangen hat. Seitdem hat wieder anderthalb Monate vergangen. Was ist inzwischen geschehen? Der Krieg scheint doch schon lange zu Ende zu sein, hat man etwa die ganze Zeit dazu benutzt, um Verhandlungen zu pflegen, ob ein Einmalez mehr oder weniger gerührt wird? Die ganze chinesische Expedition entbehrt nicht den großen Wert, die man noch nicht gemacht hat. Es hat sich überhaupt nur um einen Akt von militärischer Freigabe gehandelt. Seit 200 Jahren hatten wir keinen solchen trauigen und bedrückenden Krieg.







